



Niederschrift

2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.10.2019
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:17 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Frau Ulrike Kallenbach	anerkannte freie Träger	
Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Herr Tiemo Reimann	SPD	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	
Frau Katharina Tietz	DIE aNDERE	ab 18:00 Uhr
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr René Kulke	DIE aNDERE
-----------------	------------

beratende Mitglieder

Herr Dirk Heidepriem	Staatliches Schulamt
Herr Mak Kljunic	Jugendvertretung
Herr Dr. Reiner Pokorny	Komm. Fachbereichsleiter
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche
Frau Marie-Charlotte Senst	Kreisschülerrat
Frau Anja Mischur	Polizeiinspektion
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel	Geschäftsbereich 2
-------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	entschuldigt
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Kamal Abdallah	Muslimische Gemeinde	nicht entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Gesundheitsamt	entschuldigt
Frau Astrid Englin-Ressel	Kreiselternerat	entschuldigt
Herr Steve Fahrendorf	Agentur für Arbeit	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Maria Pohle	Migrantenbeirat	entschuldigt
Frau Veronika Sander	Amtsgericht	entschuldigt
Frau Martina Trauth	Gleichstellungsbeauftragte	nicht entschuldigt

Gäste

Herr Ambros Josef Tazreiter	AfD
Frau Birgit Ukrow	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.09.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Sachstand Kitastandorte im Kirchsteigfeld
Vorlage: 19/SVV/0879
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 7.2 Sitzungskalender 2020
Vorlage: 19/SVV/0921
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Vorstellung des Vorgehens zum Kita-Portal
- 8.2 Verständigung zu den offenen Themen aus der letzten Wahlperiode
- 8.3 Landeshauptstadt Potsdam als Betreiberin von
Kindertagesbetreuungsstandorten ab dem Kita-Jahr 2020/21 (Beschluss DS
19/SVV/0916)
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk. Er weist auf die Tischvorlage „Kommunales Qualifizierungsangebot Lebendige Jugendhilfeausschüsse“ hin. Das Thema wird unter Sonstiges behandelt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.09.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 19.09.2019.

Es gibt keine Einwände. Herr Ströber ergänzt zu TOP 13, dass er auf seine Frage, was die Verwaltung unter Luxusausstattungen in Kitas verstehe, eine Mailantwort erhalten habe. Er bittet darum, dass diese an alle Jugendhilfeausschussmitglieder versendet wird. Frau Aubel sagt dies zu.

Die Niederschrift wird mehrheitlich **bestätigt**. 2 Enthaltungen.

Anschließend stellt Herr Kolesnyk die Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Tagesordnung wird einstimmig **zugestimmt**.

zu 3 Informationen des Jugendamtes

Frau Aubel teilt zum aktuellen Stand der Besetzung einer Fachbereichsleitung für Bildung, Jugend und Sport mit, dass die Auswahl des Personaldienstleiters erfolgt ist. Die Ausschreibung soll noch in 2019 auf den Weg gebracht werden.

Herr Otto fragt, was ist mit Ausschreibung der Kinderschutzbeauftragten ist? Herr Pokorny erklärt, dass sie kurz vor der Veröffentlichung steht.

Zum Thema „Rückwirkende Elternbeitragsordnung für 2018/19“ erklärt Frau Aubel, dass das Versprechen der Vorstellung eines Entwurfes im Herbst nicht erfüllt werden kann.

Es gäbe eine ganze Reihe von Unklarheiten, die im Vorfeld aufgeklärt werden müssten, damit eine valide und rechtskonforme EBO erstellt werden könne. So gäbe es etwa zwei möglicherweise unterschiedlich zu wertende Urteile des OVG zur Thematik Grundstücks- und Gebäudekosten aus dem Oktober. Um eine landesweite Klärung herbeizuführen wurde durch Frau Aubel der Städte- und Gemeindebund einbezogen. Auch die Auswirkungen des Gute-Kita-Gesetzes

sind für die Erstellung einer Elternbeitragsordnung neu zu bewerten. Zu prüfen ist hierbei auch, ob die Änderung konnexitätsrelevant ist. Die bereits mehrfach angekündigte Mustersatzung des Landes soll auf dem Weg sein, hat den Fachbereich aber immer noch nicht erreicht.

Daher wird die aktuelle Elternbeitragsordnung zunächst weiter genutzt. Das Schreiben an den Städte- und Gemeindebund liegt der Niederschrift bei.

Frau Frenkler meint, dass dann die nächste Rückzahlungswelle auf uns zurollt. Das OVG urteilt mal so und dann wieder entgegengesetzt, das ist für die Träger und alle Beteiligten eine nicht mehr tragbare Situation. Die Liga wird sich dazu noch einmal positionieren. Eine rückwirkende Lösung ist wichtig und natürlich sind Elternbeiträge für die Zukunft abzuschaffen. Das wäre bereits jetzt optimal gewesen.

Herr Witsche unterstreicht das, was Frau Frenkler gesagt hat. Dass wesentlich zu hohe Gebühren gezahlt werden, ist nicht zufriedenstellend.

Frau Aubel versichert, dass auch der Verwaltung an einer zeitnahen Klärung der Situation gelegen sei. Es könne jedoch nicht sein, dass die LHP aus der kommunalen Familie ausscheret und auf der Basis unzureichender Vorgaben eine unzureichende Elternbeitragsordnung aufstelle.

Frau Aubel betont, dass es derzeit keine Überlegungen der Verwaltung gebe die Elternbeiträge aus dem Kitajahr 18/19 zu korrigieren. Das Land hat lediglich gegenüber der LHP betont, dass eine Berechnung der Beiträge „trägerscharf“ zu erfolgen habe.

Solange hier keine Anweisung des MBS an alle Kommunen, die jahrelang identisch agiert haben vorliegt, aus der eindeutig hervorgeht, dass auch rückwirkend „trägerscharf“ zu berechnen sei und bei Vorliegen einer Überzahlung durch Eltern eine Rückerstattung erfolgen müsse, werde es keine freiwillige Rückzahlung der LHP zu diesem Themenkomplex geben.

Weiterhin teilt Frau Aubel mit, dass die geplante Bildung eines zeitweiligen Ausschusses zum Thema Kita-Gebühren-Satzung nicht erfolge. Man folge dem Verwaltungsvorschlag, dass externe Experten gesucht werden und diese die Thematik beleuchten würden. Laut Beschluss sollen Jugendhilfe-, Rechts- und Hauptausschuss in diesen Prozess involviert werden. Der Hauptausschuss sei federführend. Der erste Entwurf der Fragen liegt den Mitgliedern vor. Bis zur nächsten Sitzung des JHA sind diese bitte um weitere Fragestellungen bzw. Modifizierungen zu ergänzen. Die Verwaltung wird die Fragestellungen der drei Ausschüsse dann zusammenstellen und der HA wird über den abschließenden Katalog beraten. Im Nachgang könne dann mit der Suche und Beauftragung des Gutachters begonnen werden. Herr Ströber fragt an, ob es ein Kurzbericht über die umAs gibt, da das in jeder Sitzung erfolgen sollte. Herr Kolesnyk merkt an, dass zwischendurch gesagt wurde, einen Bericht gibt es nur, wenn Neues zu berichten ist. Da es nun aber ein neuer Ausschuss ist, sollte in der nächsten Sitzung berichtet werden.

Zum Thema „Fun-Sport-Anlage“ berichtet Frau Aubel, dass die Suche nach Alternativen mit dem KIS besprochen wurden und Herr Richter dazu selbst im JHA berichten wird, wenn es konkrete Fakten gibt. Der Wunsch seitens Frau Aubel wäre ein Bericht noch in 2019.

Die AG Jugendförderung hat Fragenkomplexe an die Verwaltung gegeben und Herr Pokorny wird etwas zu den verschiedenen Arbeitspaketen sagen.

Ganz kurz heute einige Fakten, zu den weiteren Punkten zu einem späteren Zeitpunkt: die Jugendhilfeplanerstellung wurde in 2020 geschoben. Gestern tagte die Steuerungsgruppe Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen. Im gleichnamigen Rahmenplanentwurf sind Maßnahmen auch für die Jugendhilfe enthalten. Zum Thema „Sanierung der Kinder- und Jugendeinrichtungen“: da klappte in 2019 leider nicht die Umsetzung, vor allen aus Personalmangel beim KIS. In den letzten Wochen wurde mit dem KIS besprochen, wie es mit den Sanierungen weitergeht. Die Abstimmungen beziehen sich nicht nur auf das benötigte Geld, auch die notwendigen Personalressourcen müssen seitens des KIS vorhanden sein.

Weiterhin erläutert Herr Pokorny: die unbesetzten Stellen des Fachbereiches Bildung, Jugend und Sport sind zu 90 % in Ausschreibung, Die Kinderschutzstelle hat jetzt Priorität und wird mich Nachdruck verfolgt. Die Kinderschutzproblematik im Einzelfall ist jedoch nicht in Frage gestellt, dies gewährleistet Frau Reisenweber mit ihrem Bereich Regionale Jugendhilfe.

Es müssen immer wieder „Bugwellen“ abgearbeitet werden, die durch Ausfälle/unbesetzte Stellen entstanden sind, z.B. bei den umA-Kosten. Im Dezember gibt es mehr Informationen zu den einzelnen Sachverhalten.

Herr Kulke versteht die Sicherung der Kinderschutzarbeit und bedauert den Stellenwechsel (wie in diesem Fall). Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung hat auch die Stadtverwaltung verlassen und es gibt noch keine/n neuen StelleninhaberIn. Wenn man jetzt Kinderschutzthemen mit jungen Menschen mit Behinderung hat, gibt es keine Ansprechperson. Das ist dramatisch in der direkten Sozialarbeit.

Frau Dr. Müller fragt nach, unter welchen Aspekten die Ausschreibungsreihenfolge entschieden wird. Herr Pokorny antwortet, dass es eine Priorisierung gäbe.

Frau Dr. Müller berichtet, dass die Vorstellungsgespräche für die/den Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung diese Woche erfolgt sind.

Herr Ströber fragt, warum eine Stelle neu bewertet werden muss, wenn es sie schon gibt. Außerdem habe man das Gefühl: alles Strategische ruhe momentan. Was kann der JHA dazu beitragen, dass die Kinderschutzstelle schnellstens ausgeschrieben wird?

Herr Pokorny antwortet, dass wenn eine Stelle frei werde, sie hinsichtlich der Stellenbeschreibung und der tatsächlich geleisteten Arbeit überprüft und neubewertet wird. Dies erfolge regelhaft. Erst dann kann sie ausgeschrieben werden – dies liege in der Hoheit des Bereichs Personal – hier kann der JHA keine Unterstützung leisten.

Herr Pokorny hat die Information vorliegen, dass die Hoffbauer-Kindertagesstätten von der Kita gGmbH in die Hoffbauer gGmbH überführt wurde – dazu gibt es eine Informationspflicht. Daher wird der JHA darüber hiermit offiziell informiert.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP: Herr Ströber ist der neue UA-Vorsitzende. Es gab neben der Wahl des Vorsitzenden auch die Wahl der Vertretung des UAJHP in der Lenkungsgruppe

Schule Jugendhilfe. Das macht ebenfalls Herr Ströber. Die AGs nach § 78 SGB VIII bekommen demnächst einen Brief und können Kandidaten benennen für den UAJHP, der noch um drei Mitglieder erweitert wird. Dies wird in der Novembersitzung erfolgen.

Außerdem wurde in der Sitzung Vorbereitendes zum Fachgespräch „Kommunale Möglichkeiten zum Fachkräftemangel, -pflege, -akquise in der Potsdamer Jugendhilfe“ am 23.10.2019 besprochen, denn der UA war Einladender.

Einwurf zum Fachgespräch: Es war gut besucht. Es gab einen umfangreichen Einblick zu Entwürfen des Landes und gute Diskussionen zu kommunalen Möglichkeiten. Die Ergebnisse werden aufgearbeitet und in den AGs ergänzt und kommen dann in den UA. Dabei gab es einen großen „Wermutstropfen“: Die Teilnehmenden bekundeten ihren Unmut darüber, dass vom öffentlichen Träger keine Leitungspersonen anwesend waren und dies trotz sehr breiter Beteiligung der freien Träger.

Im UAJHP berichtete Frau Frenkler, dass eine UnterAG zur Kita-FR einen Entwurf erarbeitetet und sich dafür sehr engagierten. Danach kamen für die Verwaltung sogenannte „Haushaltseckwerte“ und der Entwurf passte da nicht rein. Es gab im UAJHP Informationen zur neuen Shell-Jugendstudie – Dieses Thema sollte in die Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses aufgenommen werden. Außerdem muss der Zeitplan für den Jugendhilfeplanerstellungsprozess zeitnah fertig sein, wenn die 78er AGs das Thema mit in ihre Planungen aufnehmen sollen.

AG Kita: Frau Frenkler unterstützt eine schnelle Neubesetzung der Fachbereichsleitung und der Kinderschutzkoordination. Dieses Fehlen reißt Lücken in Prozesse: so sind z.B. die Insofern erfahrenen Fachkräfte nicht an neue Tarife angepasst. Die Kita-Träger überlegen ob man Pauschalen oder Fehlbedarfsfinanzierung nimmt. Auch die Beteiligung an einer Ausbildungsfinanzierung der Kommune wäre eine gute Idee, macht Werder bereits – weil wir dies für neues Personal dringend bräuchten. Die AG Qualität wird sich diesem u.a. widmen.

Die Personalsituation in den Kitas ist teilweise dramatisch. Die Rückzahlungen laufen, das war auch in der Presse zu lesen.

Weitere Fakten zur AG Kita sind in der Anlage nachzulesen.

AG JuFö: Frau Tietz berichtet, dass die AG am 29.08.2019 getagt hat und sich u.a. mit der Mediennutzung beschäftigte. Zeit und Finanzen fehlen, um sich damit gründlicher zu beschäftigen, obwohl es dringend notwendig wäre! Die finanziellen Mittel für Hard- und Software reichen außerdem nicht aus, um zeitgemäß arbeiten zu können.

Die Umsetzung des Jugendförderplanes ist auf einem guten Weg. Die Verwaltung wird gefragt, wann die Überarbeitung des Jugendhilfeplanes erfolgt und wie der aktuelle Stand der Überarbeitung der Jugendförder-Richtlinien ist.

Außerdem hatte die AG das Fachkräfte-Fachgespräch vorbereitet und dazu viele Fakten visualisiert. Es gibt auch leider immer unbesetzte Stellen. Große Sorge bereitet dabei die Vakanz der Sprözl-Stelle. Es wird um einen aktuellen Stand der Stellenbesetzungen in der Jugendförderung gebeten und um eine Einschätzung der Arbeitsfähigkeit der Jugendamtsverwaltung.

Auch die Sanierungen der Klubs stehen aus. Dazu hatte Herr Pokorny bereits Antworten versprochen.

Die übrigen RegAGs tagen erst im nächsten Monat.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Kljunic berichtet, dass sich der Kreisschülerrat neu zusammengesetzt hat. Daher nimmt nun auch Marie-Charlotte Senst an den Jugendhilfeausschusssitzungen teil.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche hat eine Zusammenfassung der Inhalte der des Kita-Elternbeirates sowie ein Statement zum Thema „Kommunale Kitas“ verschriftlicht und gibt es als Anlage zum Protokoll.

Der Kita-Elternbeirat musste sich aufgrund einer Gesetzesänderung neu konstituieren und heißt jetzt Kreis-Kita-Elternbeirat. Nach der Konstituierung wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Ein Beiratsmitglied hat die Rechtmäßigkeit der Vorstandswahl bezweifelt. Daher kann es sein, dass der Vorstand des Beirates neu gewählt werden muss. Dies soll dann in der Novembersitzung erfolgen. Bis dahin sollten die aktuell, formell gewählten Vertreter*innen weiterarbeiten. Auf den Gesamt-Beirat hat es insofern keine Auswirkungen, da die Konstituierung rechtmäßig stattgefunden hat.

Die Verwaltung wird den Sachverhalt nun prüfen.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Sachstand Kitastandorte im Kirchsteigfeld

Vorlage: 19/SVV/0879

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Aubel erklärt, dass eine in der Planung ausgewiesene Kita-Fläche verkleinert wird und die Fachverwaltung dem nach Bedarfsprüfung zustimmt.

Das nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

zu 7.2 Sitzungskalender 2020

Vorlage: 19/SVV/0921

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kolesnyk fragt die Mitglieder, ob es möglich wäre, zusätzlich zu den Sitzungen eine Klausur durchzuführen. Vorschlag: am 30.01.2020 ab 15:00 Uhr. Die Mitglieder wollen es einrichten und bitten daher um rechtzeitige Terminfestsetzung.

Themenvorschläge sind:

- Haushaltsplanung
- 18. Shell-Jugendstudie
- Auswertung des Fachgespräches zum Fachkräftemangel

Zum Sitzungskalender schlägt Hr. Kolesnyk folgende Änderungen vor, damit es keine Überschneidungen mehr mit dem Kulturausschuss gibt, der auch im

Verantwortungsbereich von Frau Aubel liegt:

- Märztermin vom 19.03.2020 auf den 26.03.2020 schieben,
- Junitermin vom 18.06.2020 auf den 11.06.2020 schieben,
- Augusttermin am 13.08.2020 als zusätzliche Sitzung
- Novembertermin vom 19.11.2020 auf den 26.11.2020 schieben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Kolesnyk die vorliegende Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2020 **mit folgenden Änderungen** als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

Die Sitzung vom 19.03.2020 wird auf den 26.03.2020 verschoben.

Die Sitzung vom 18.06.2020 wird auf den 11.06.2020 verschoben.

Am 13.08.2020 wird eine zusätzliche Sitzung aufgenommen.

Die Sitzung vom 19.11.2020 wird auf den 26.11.2020 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Vorstellung des Vorgehens zum Kita-Portal

Der Sachverhalt ist in einer Powerpointpräsentation (PPP) dargestellt (im RIS hinterlegt) und wird von Herrn Pokorny vorgetragen. Herr Flügel ist Projektleiter des Vorhabens und als Gast anwesend. Der Umsetzungsprozess zur Errichtung eines Kita-Portals wird in der PPP gründlich erläutert.

Fragen:

Herr Reimann fragt, sind wir die ersten, die so etwas einführen? Kann man nicht die Software von anderen Kommunen übernehmen?

Herr Pokorny antwortet, dass die Software sicher nicht erst für uns erstellt wird und wir eine erprobte Version nehmen werden, aber eine Vergabe muss aus rechtlichen Gründen zwingend erfolgen.

Herr Otto stellt fest, dass wir bereits ein Portal haben. Was wäre mit neuer Software besser? Was sind die Vorteile?

Herr Pokorny erklärt, dass z.Z. der Rechtsanspruch nicht digital gestaltet werden kann. Mit neuer Software geht u.a. die Gestaltung von Workflows, die Darstellung: Wo sind freie Plätze! Außerdem lassen sich dann auch Statistiken für Berichte rausziehen.

Frau Aubel ergänzt, wichtig ist vor allem die Erleichterung für die Eltern. Natürlich gehen die Eltern dennoch vor Ort in die Einrichtungen, aber für die Orientierung muss es eine gute digitale Grundlage geben. Bis jetzt ist alles nur rudimentär vorhanden. Wir brauchen aber eine Verknüpfung mit dem Einwohnermeldeamt und auch die Vermeidung von Doppelanmeldungen. Das dargestellte Verfahren ist übrigens schon das beschleunigte Verfahren.

Herr Reimann fragt nach, ob eine neue Software entwickelt werde oder auf eine bestehende zurückgegriffen werde.

Frau Vandre fragt, ob die beschriebene Weiterentwicklung auch Teil der Ausschreibung ist? Antwort: Ja, zudem gehe man davon aus, dass sich auch bereits etablierte Softwareanbieter in diesem Bereich auf die Ausschreibung bewerben werden.

zu 8.2 Verständigung zu den offenen Themen aus der letzten Wahlperiode

Herr Kolesnyk weist auf die Tischvorlage „Themenspeicher für die neue Wahlperiode“ mit möglichen Arbeitsthemen für den JHA hin. Die dortigen Themen wurden vom vorherigen JHA übergeben. Die Mitglieder sollen die Relevanz der Themen prüfen und sich überlegen, welche Punkte darüber hinaus relevant sind. Hinzu kommen fortlaufend die Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung sowie Punkte seitens der Verwaltung.

Frau Dr. Müller erklärt, dass das Thema nicht nur „Jugendklub Georg-Herrmann-Allee“ lauten sollte, sondern konkreter gefasst werden müsste. Herr Kolesnyk antwortet, dass der Entwicklungsträger Bornstedter Feld dazu angefragt werden wird und das Thema noch dieses Jahr im JHA behandelt werden soll.

Herr Kolesnyk empfiehlt, dass das Thema „Fridays for future“ in den Doppelausschuss im November sollte. Auf die Frage, ob wir dazu eine gemeinsame Haltung haben, gibt es diverse Meinungen.

zu 8.3 Landeshauptstadt Potsdam als Betreiberin von Kindertagesbetreuungsstandorten ab dem Kita-Jahr 2020/21 (Beschluss DS 19/SVV/0916)

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Der Sachverhalt ist in einer Powerpointpräsentation (PPP) dargestellt (im RIS hinterlegt) und wird von Frau Aubel vorgetragen.

Sie erläutert, dass die Verwaltung ein Positionspapier der freien Träger erreicht hat. Zur Subsidiarität gibt es ein Schreiben des MBS (wird Anlage zum Protokoll), außerdem decken sich die Aussagen unseres Rechtsamtes mit einer externen Rechtsbewertung. d.h. dass die Pläne zur kommunalen Errichtung Kitas NICHT die Subsidiarität verletzen. Laut Planung würde die Kommune im Endausbau dann ca. 8 % der Kita- und Hort Einrichtungen betreiben, d.h. es ist ein ergänzendes Angebot.

Neben der Quantität soll Qualität eine größere Rolle spielen und nun ist seit wenigen Wochen auch Frau Dr. Haase als Bildungsplanerin da, die sich der Entwicklung des Ganztagschulsystems annehmen wird.

Frau Aubel hofft, dass die Vorteile der Planungen klargeworden sind und verspricht, dass im Dezember Konkretes dargestellt werden kann.

Frau Frenkler erklärt hinsichtlich der AG nach § 78 Kita Folgendes: Es gibt viele Juristen, die das Subsidiaritätsprinzip anders auslegen. Sie weiß, dass im Gesetz steht „soll“ und das ist nicht „muss“. Es ist in der Tat positiv, dass die Verwaltung die Kita-Träger durch eigene Erfahrungen besser verstehen will. Die Kita-Träger behalten sich jedoch vor, diese Planungen kritisch zu beobachten und rechtlich zu bewerten. Mehr Personal in der Verwaltung klingt gut und sie fragt daraufhin, ob schon feststünde, wer dafür in Persona verantwortlich ist?

Frau Aubel antwortet, dass die Projektleitung Herr Werner und Frau Schelle haben.

Weiteres Personal werde akquiriert.

Herr Witzsche erklärt, dass aus Elternsicht jede neue Kita begrüßt wird. Dabei ist es egal in welcher Trägerschaft diese betrieben wird. Grundsätzlich finden sie auch kommunale Einrichtungen gut, aber es gibt dazu noch viele offene Fragen.

Mak Kljunic fragt: Was bedeutet Subsidiarität? Und was soll das Wichtige daran sein, als Stadt selbst Einrichtungen zu betreiben.

Frau Aubel antwortet, dass es mehr Spielräume für Modelprojekte geben wird, z.B. beim Thema Ganzttag, kann dann in gemeinsamer Trägerschaft von Schule und Hort aus einer Hand etwas Neues erprobt werden.

Herr Ströber kann das Dargestellte gut nachvollziehen, wundert sich jedoch, dass im JHA dazu gar nicht debattiert wurde. Dies war in der Vergangenheit bei wichtigen Themen der Fall. Daher fehlt nun der Rückhalt des JHA. Er würde gern an einer solchen Debatte teilnehmen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es u.a. in der JHA-Klausur 2017 dazu eine Diskussion mit Prof. Merchel gab. Fazit war: Die fachliche Steuerung geht mit Praxiserfahrungen deutlich besser. Dazu hatte damals keiner eine andere Meinung außer Herr Tölke. Es ist jedoch korrekt, dass es im Jugendhilfeausschuss zum konkreten Vorhaben keine Diskussion gab. Es geht vorliegend zudem nicht um ein „Wegnehmen“ sondern um ein „besser verstehen“. Solange ein zu geringes Angebot vorhanden ist, können kommunale Kitas nur förderlich sein.

Herr Witzsche hat eine Verständnisfrage zur Anzahl der kommunalen Einrichtungen. Sind in der Planung auch Horte und Tagespflege gemeint?

Frau Aubel antwortet, dass Tagespflege nicht im Focus gewesen ist, da einzelne Tagespflegepersonen nicht mit einer kompletten Kita verglichen werden kann. Die Zahlen beziehen sich auf Einrichtungen, darin sind auch Horte enthalten.

Herr Otto fragt, ob man mit dem Oberstufenzentrum nicht eine breitere Ausbildung abstimmen kann.

Herr Heidepriem berichtet, dass er sich noch an die kommunale Hortbetreuung erinnert. Er habe die Erfahrung gemacht, dass es damals sehr vorteilhaft war und viele Gemeinsamkeiten zwischen Schule und Hort besprochen wurden. Außerdem fragt er, ob auch vorhandene Einrichtungen kommunalisiert werden sollen.

Frau Aubel antwortet, dass dies nicht vorgesehen sei. Es ginge nur um neue Einrichtungen. Aber wenn sich freie Träger aus ihrem Betrieb zurückziehen möchten, dann könne die Kommune einspringen.

Frau Frenkler betont, dass sie eine Erhöhung der Qualität im Ganzttag auch gut fände. Es fehlten jedoch Personen für Gespräche zu dieser Thematik, die mit den Trägervetretern diskutieren und verhandeln. Früher gab es Erzieher*innen mit Lehrbefähigung und dies ermöglichte einen flexiblen pädagogischen Einsatz. Es kann sein, dass dies bundesweit zukünftig gewollt ist und wieder auf uns zu kommt. Außerdem erfragt sie den Organisationsstand der Tagespflegepersonen.

Frau Elsaßer erklärt, dass die Tagespflegepersonen grundsätzlich selbständig sind und es für sie 4 fachlich unterstützende freie Träger gibt. Ob die Tagespflegepersonen in kommunaler Trägerschaft in Form einer Anstellung tätig werden könnten, wird gerade geprüft.

Herr Kulke sieht einen Konflikt mit dem SGB VIII, wenn die Stadt nicht die Subsidiarität sicherstellt.

Frau Aubel betont, dass aus ihrer Sicht die Subsidiarität mit dem Vorgehen nicht eingeschränkt sei. Die freien Träger müssten nun für sich entscheiden, wie sie damit umgehen wollen. Das sollte zeitnah diskutiert werden. Sie betont, dass die Gründung kommunaler Einrichtungen auch politisch gewollt sei.

Frau Parthum fragt, wie es zukünftig mit den neugebauten Kitas läuft, wenn sie an den Start gehen.

Frau Aubel erklärt, dass die Kommune nur in neuen Einrichtungen als Träger fungieren werde, aber auch hier nicht in allen. Natürlich kann die Verwaltung sich dann nicht an den Auswahlverfahren beteiligen, die sie selbst durchführt. Es werde durch die StVV zu beschließen sein, welche Kitas kommunal betrieben werden.

Zunächst werde die Kita-Betreibung als Regiebetrieb erfolgen. Die Gründung eines Eigenbetriebes oder einer kommunalen gGmbH sei erst in einem zweiten Schritt, ab einer bestimmten Größenordnung zielführend.

Herr Witzsche hinterfragt den Zeitplan und fragt, warum der dargestellte Prozess so schnell gehen soll, wo doch das Kita-Portal nun schon Jahre dauere.

Frau Aubel antwortet, dass es im Beschluss heißt: Im Laufe des Kita-Jahres 2020/21 wird gestartet, also nicht zum Start des Kita-Jahres 2020/21.

Frau Tietz hat dennoch Sorge, dass es so schnell nicht gehen wird. Das Personalproblem lässt sich aktuell nicht mal für die notwendigen Verwaltungskolleg*innen klären.

Frau Aubel unterstreicht, ob Zuschüsse an den öffentlichen Träger gehen oder an die freien Träger ist keine Konkurrenz. Es gibt außerdem Erzieher*innen im städtischen Portfolio, da kommunal Wohnheime betrieben werden.

Frau Aubel möchte wissen, was neben den formalen Einwänden die inhaltlichen Gründe der Träger sind, gegen das Vorhaben zu votieren. Im Kern gehe einfach nur ein weiterer Träger an den Start, der einen marginalen Anteil der Kitas und Horte betreiben werde.

Sicher sei die nächste AG 78 der dazu geeignete Ort um diese Frage zu beantworten.

Herr Kulke fragt, wo dazu weiter diskutiert werden kann.

Herr Kolesnyk kündigt an, dass dies in der Dezembersitzung des JHA möglich sein wird, in der die Verwaltung erneut zum Thema berichten will.

zu 9 **Sonstiges**

THEMA1 Herr Kolesnyk hatte auf die Möglichkeit des Kommunalen Qualifizierungsangebotes „Lebendige Jugendhilfeausschüsse“ hingewiesen und fragt welche 2-3 Themenfelder wir rausziehen sollten.

Im Ergebnis der Diskussion wird das Interesse abgefragt. Die folgenden Themen werden daher für die Schulung angemeldet:

- Rechtlicher Rahmen
- Selbstverständnis und Jugendhilfeplanung
- Jugendförderplanung

THEMA 2 Herr Kolesnyk teilt mit, dass Frau Ukrow bis Januar übergangsweise hier aushelfen wird. Danach gibt eine neue Ausschussbetreuung.

THEMA 3 Frau Parthum bewirbt den Potsdamer Eltern-Medientag, der am 27.10.2019 im Treffpunkt Freizeit stattfinden wird. Dazu werden Flyer ausgeteilt.

THEMA 4 Frau Tietz gibt bekannt, dass es erste Einsätze gab im Projekt Hart am Limit (HaLt), das Frau Hayn in einem der letzten Ausschüsse vorgestellt hatte.

Herr Kolesnyk verabschiedet alle Anwesenden.

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Birgit Ukrow
Schriftführerin